

Frankreichs Budget:

## Hollande verkündet beispiellose Anstrengung

Mit Sparmaßnahmen und Reichensteuern will Präsident Hollande das Defizit abbauen. Aber die meisten Ökonomen sind skeptisch.

Von DANNY LEDER, PARIS

Es hat auch seine Vorteile unpopulär zu sein. Da hat man nichts mehr zu verlieren und kann die richtigen Maßnahmen ergreifen, witzelte ein Berater von Francois Hollande. Der sozialistische Staatschef, der nur vier Monate nach seinem Amtsantritt in Meinungsumfragen von einem Popularitätsabsturz sondergleichen heimgesucht wird, präsentierte bei einem Ministerrat am Freitag einen Budgetentwurf für 2013, der, nach eigenen Worten, Frankreich eine beispiellose Anstrengung abverlangt.

Tatsächlich will die linke Staatsführung innerhalb eines Jahres annähernd 40 Milliarden Euro hereinbringen. Diese sollen zu je drei Dritteln auf Einsparungen bei den öffentlichen Ausgaben, neuen Steuern für Konzerne und neuen Steuern für besser Verdienende beruhen. Neun von zehn Steuerzahlern würden von den Abgabenerhöhungen verschont bleiben, behauptet Premier Jean-Marc Ayrault. Die Steuererhöhungen würden nur die restlichen zehn Prozent, also die reichsten Franzosen belasten. Sie waren es, die in den vergangenen fünf Jahren, und schon zuvor, am meisten bekommen haben, rechtfertigte sich Ayrault unter Anspielung auf die Steuersenkungen zugunsten der bestgestellten Franzosen, mit denen der bürgerliche Amtsvorgänger von Hollande, Nicolas Sarkozy, sein Mandat eingeleitet hatte.

Unter den spektakulärsten Maßnahmen der Linksregierung firmieren die 45 prozentige Besteuerung von Jahreseinkommen von über 150.000 Euro und die 75 prozentige Besteuerung jener Einkommenssegmente, die eine Million Euro pro Jahr übertreffen. Kapitalerträge, die vormals einer verhältnismäßig bescheidenen Pauschalabgabe unterworfen waren, fallen nun gleichermaßen wie Gehälter bei der Berechnung des jährlichen Einkommensteuersatzes ins Gewicht – was vor allem jene 10 Prozent der Bevölkerung trifft, die über 60 Prozent der Kapitaleinkommen verfügen. Die kleinen Sparer sollen durch Freibeträge geschützt werden.

Diese Art von Umverteilung ist auch bei der neuen Unternehmensbesteuerung beabsichtigt, die sich auf Spitzenfirmen konzentriert, während Klein- und Mittelbetriebe Fördermaßnahmen erhalten.

Die Linksregierung hat allerdings auch Fiskalabschläge annulliert, die Nicolas Sarkozy gewährt hatte und die auch Millionen Arbeitnehmern zu Gute gekommen waren: etwa die Nichtbesteuerung von Überstunden. Vor allem aber sorgen der anhaltende Anstieg der Arbeitslosenrate (zuletzt zehn Prozent) und eine Flut von Betriebsstillegungen für extremen Pessimismus. Die bürgerliche Opposition fordert Sofortmaßnahmen zur Verringerung der hohen Lohnnebenkosten, um Frankreichs Wettbewerbskraft zu retten. Sarkozy hatte deswegen Sozialabgaben auf eine Mehrwertsteuer umgelegt. Hollande hat auch diese Maßnahme wieder rückgängig gemacht, um die Massenkauftkraft zu schonen. Die Linksregierung dürfte aber nicht umhin kommen, ihrerseits Sozialabgaben auf die Einkommenssteuer umzulegen.

Hollande begründet seinen sparpolitischen Kraftakt mit der Verpflichtung gegenüber der EU das französische Budgetdefizit von den diesjährigen 4,5 Prozent (des Bruttonationalprodukts) auf drei Prozent 2013 zu reduzieren. Andernfalls wäre das Vertrauen der Finanzmärkte erschüttert und die Zinsen würden für Frankreich im selben Ausmaß wie für die Krisenstaaten hochschnellen. Aber gerade dieses Drei-Prozent-Ziel halten die meisten französischen Ökonomen für unrealistisch. Diese Meinung teilen auch Politiker der regierenden SP, die vor einem Teufelskreis aus Sparmaßnahmen und Wachstumseinbruch der Wirtschaft warnen.

Deswegen wird bei der Ratifizierung des EU-Fiskalpakts in der kommenden Woche eine Gruppe von SP-Abgeordneten und die Mehrheit der Grünen (obwohl an der Regierung beteiligt) dagegen stimmen. Der EU-Pakt wird trotzdem beschlossen werden, aber die Linksregierung ist dabei auf die Unterstützung der bürgerlichen Opposition angewiesen.